

REICHSWEHR GEGEN REICHSWEHR? DER WÜRTTEMBERGISCHE GENERAL WALTHER REINHARDT UND DER KAPP-LÜTTWITZ-PUTSCH IM MÄRZ 1920

Aus Anlass des hundertsten Jahrestages des gescheiterten Staatsstreichs

Die Erfahrungen in der Nacht vom 12. zum 13. waren für mich erschütternd, für mich waren sie bitterer noch als die vom November [...] Wir dürfen nicht verzweifeln. Wir müssen zunächst versuchen, den gemachten Schaden zu kurieren. Der Putsch hat uns älter und reifer gemacht ...



Walther Reinhardt, Porträt, o. D.

Am Ende stand vor allem Verbitterung – und allenfalls eine schwache Hoffnung auf eine bessere Zukunft. In seiner Abschiedsrede als Chef der Heeresleitung am 29. März 1920 versuchte Generalmajor Walther Reinhardt, die dramatischen Ereignisse des nur wenige Tage zurückliegenden Kapp-Lüttwitz-Putsches in die jüngere deutsche Geschichte, aber auch in seine eigene Biografie einzuordnen. Der gescheiterte Staatsstreich vom 13. März 1920 war in den Augen Reinhardts schlimmer als die Revolution vom November 1918. War es am Ende des Ersten Weltkrieges gelungen, die Integrität der Armee zu bewahren, so offenbarte sich eineinhalb Jahre später eine Spaltung der militärischen Führung. Dies musste den noch in den Anfängen stehenden Aufbau republikanischer Streitkräfte weit zurückwerfen. Persönlich bedeutete der Putsch für Reinhardt eine zweite tiefe Zäsur innerhalb weniger Wochen. Nachdem am 29. Februar 1920

seine Ehefrau Luise verstorben war, verlor er durch den Umsturzversuch sein Amt.

Um Walther Reinhardts Rolle während des Kapp-Lüttwitz-Putsches verstehen zu können, ist ein Blick auf seine militärische und politische Biografie, insbesondere jedoch auf seine spezifische Stellung in der deutschen Militärpolitik nach 1918, erforderlich. Reinhardt war Württemberger. 1872 in Stuttgart geboren, trat er im Alter von 19 Jahren in das Grenadier-Regiment „Königin Olga“ Nr. 119 ein. Von 1901 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wirkte Reinhardt, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, beim Generalstab, unter anderem von 1912 bis 1916 als Erster Generalstabsoffizier beim XIII. (königlich-württembergischen) Armeekorps. Eine ungewöhnliche Wendung nahm das Leben Reinhardts Anfang November 1918. Damals wurde der im Rang eines Obersten stehende Schwabe zum Leiter der Demobilisierungskommission im preußischen Kriegsministerium ernannt. Anfang Januar 1919 folgte sogar die Berufung des Württembergers zum preußischen Kriegsminister. Da die oberste Militärbehörde Preußens auch Funktionen eines Reichsamts wahrnahm, wurde Reinhardt zu einer Schlüsselfigur der Militärpolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Er amtierte als Kriegsminister bis zur Auflösung des Ministeriums Mitte September 1919. Ab 1. Oktober bekleidete Reinhardt das von ihm maßgeblich geschaffene neue Amt eines Chefs der Heeresleitung.

Als oberster Militär des Reichs war er nun dem Reichswehrminister Gustav Noske (MSPD) direkt unterstellt. Reinhardt wirkte als Vorgesetzter des von Hans von Seeckt geführten Truppenamtes – des früheren Generalstabs – sowie der übrigen militärischen Ämter.

Die knapp eineinhalb Jahre zwischen November 1918 und März 1920, in denen Walther Reinhardt in exponierten militärischen und politischen Funktionen tätig war, waren eine Umbruchszeit, in der sich der Armeeführung immense Aufgaben stellten. Zentrale Felder der Militärpolitik waren die Demobilisierung des Feldheeres, der Kampf gegen die äußerste Linke (Spartakisten), die Abrüstung und die Rückführung des Personalstandes der Armee nach der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags, der Neuaufbau eines republikanischen Heeres, die Reorganisation der Militärverwaltung und schließlich die Verteidigung der jungen Republik gegen die nationalistische und völkische Rechte. Alle diese Aufgaben mussten unter den Bedingungen großer politischer Instabilität und fehlender finanzieller Spielräume bewältigt werden. Walther Reinhardt war in seinen Funktionen als preußischer Kriegsminister und als Chef der Heeresleitung an allen wichtigen militärpolitischen Entwicklungen zwischen Januar 1919 und März 1920 maßgeblich beteiligt.

Bemerkenswert und für Reinhardts Rolle während des Kapp-Lüttwitz-Putsches bedeutsam waren die politischen und persönlichen Konstellationen, in denen der Württemberger als Militärpolitiker agierte. Das politische Gewicht Reinhardts beruhte in erster Linie auf dem Vertrauen, das führende Sozialdemokraten zu ihm hatten. Reichspräsident Friedrich Ebert schätzte Reinhardt; zudem etablierte dieser ein sehr gutes Verhältnis zum Reichswehrminister Gustav Noske. Die Verbindung zwischen den moderaten Sozialdemokraten und Reinhardt war vor allem der historischen Situation geschuldet. Sie war jedoch auch getragen durch die gemeinsame Frontstellung gegen den Linksextremismus. Darüber hinaus dürften genuin militärische Überlegungen eine Rolle gespielt haben. Reinhardt vertrat ein Kriegsbild, in dem der Zivilbevölkerung eine entscheidende Bedeutung in zukünftigen militärischen Konflikten zukam. Dieses Szenario erforderte eine breite Verankerung der Armee in der Gesellschaft – eine solche wiederum war nur bei einer Kooperation mit den (gemäßigten) politischen Repräsentanten der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften zu erreichen.

Der Rückhalt Reinhardts im Offizierskorps war während seiner politischen Tätigkeit zwi-



Wilhelm Groener, Porträt, um 1917/18

schen 1918 und 1920 nicht sehr stark. Aufgrund seiner Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Politikern galt der Württemberger zeitweise als „Linker“. Das Image Reinhardts wurde dabei maßgeblich durch eine von ihm getroffene, militärpolitisch marginale Entscheidung bestimmt, die allerdings hohe Symbolkraft erlangte. Der Württemberger war in der revolutionären Phase Anfang 1919, als es um die Sicherung der Kommando- und Befehlsgewalt der Offiziere und damit um ein zentrales Element der Wehrverfassung ging, zu dem Zugeständnis bereit gewesen, dass die militärischen Führer in Zukunft keine Schulterstücke mehr tragen sollten. Dies wurde ihm später zum Vorwurf gemacht. Als hartnäckiger Widerpart und Rivale Reinhardts während dessen politischer Tätigkeit erwies sich vor allem sein württembergischer Landsmann Wilhelm Groener. Dieser war seit dem Rücktritt Erich Ludendorffs am 26. Oktober 1918 faktisch Chef der im Ersten Weltkrieg gebildeten Obersten Heeresleitung, die noch bis Ende September 1919 weiterbestand (zuletzt unter der Bezeichnung „Kommandostelle Kolberg“).

Auch wenn Walther Reinhardt in den Jahren 1919 und 1920 das Vertrauen der Reichsregierung besaß, so verfügte er über keine uneingeschränkte Unterstützung. Die Grenzen der Kooperation zwischen dem württembergischen Offizier und den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung wurden im Juni 1919 deutlich, als über die Annahme oder Ablehnung des Versailler Friedensvertrags entschieden werden musste. Reinhardt plädierte gegen eine Annahme. Er befürwortete, hierbei in der Armee keineswegs allein stehend, vom Osten Deutschlands aus eine nationale Erhebung zu organisieren. Die zeitweilige Besetzung eines Teils des Reichs durch die Entente wollte er dafür in Kauf nehmen. Mit diesen Vorstellungen, die an Konzepte eines nationalen Endkampfes vom Herbst 1918 anknüpften, konnte er sich unter anderem gegen Groener nicht durchsetzen.

Im Kapp-Lüttwitz-Putsch wirkten die skizzierten politischen Voraussetzungen sowie



Aufruf Dr. Wolfgang Kapps vom 13. März 1920

Kommando. Einen Tag später wurde Lüttwitz zur Disposition gestellt. Als er vor der Alternative stand, entweder zu demissionieren oder einen Putsch zu wagen, entschied Lüttwitz sich für den Weg der Gewalt.

Als Speerspitze der Putschisten um Kapp und Lüttwitz diente die Brigade Ehrhardt. Der Verband marschierte in der Nacht zum 13. März auf Berlin und besetzte das Regierungsviertel. Reichspräsident Ebert sowie die meisten Mitglieder der Regierung, darunter Noske, flohen zunächst nach Dresden, dann weiter nach Stuttgart. Kapp wurde von den Aufständischen als Reichskanzler eingesetzt. Doch scheiterte der schlecht vorbereitete Staatsstreich bereits nach wenigen Tagen. Ein von Präsident Ebert, den SPD-Ministern und der SPD-Fraktion im Reichstag ergangener Aufruf zum Generalstreik, dem sich weitere Gruppierungen, unter anderem die Gewerkschaften, anschlossen, sowie der Widerstand der Bürokratie zwangen die Putschisten rasch in die Knie. Kapp floh am 17. März nach Schweden, auch Lüttwitz gab wenig später auf.

Walther Reinhardt spielte im Vorfeld und während des Kapp-Lüttwitz-Putsches eine herausgehobene Rolle. Nachdem er Anfang März von der Beerdigung seiner Ehefrau aus Stuttgart nach Berlin zurückgekehrt war, nahm er an den Verhandlungen mit Lüttwitz teil, die schließlich scheiterten. Reinhardt stand dabei loyal an der Seite von Reichswehrminister Noske.

Als die Regierung erfuhr, dass die Brigade Ehrhardt sich in Richtung Berlin in Bewegung gesetzt hatte, sprach sich Reinhardt als einziger der in Berlin anwesenden Militärführer und Berater Noskes für einen bewaffneten Widerstand gegen die Putschisten aus. Seine Überzeugung, den aufständischen Truppen müsse mit Waffengewalt entgegengetreten werden, vertrat er unter anderem während einer richtungsweisenden Offiziersbesprechung in der Nacht zum 13. März. Auch Reichswehrminister Noske befürwortete bei dieser Zusammenkunft den bewaffneten Widerstand. Noske und Reinhardt fanden jedoch bei den anderen hohen Militärs keine Unterstützung. Zwei Gründe waren hierfür Ausschlag gebend: Zum einen schätzte die Mehrheit der anwesenden Offiziere, darunter der Chef des Truppenamts Hans von Seeckt, die Chancen eines militärischen

Reinhardts spezifische Position innerhalb der Militärführung unverkennbar nach. Die Revolte wurzelte vor allem in der Verbitterung der politischen Rechten, aber auch von großen Teilen des Offizierskorps über die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags und seine Annahme durch die Regierung. Sie entzündete sich an dem Versuch Gustav Noskes, die Marinebrigade Ehrhardt, eine republikfeindliche Eliteeinheit, zum 10. März 1920 aufzulösen. Der Befehl des Reichswehrministers führte zum Konflikt mit General Walther von Lüttwitz, dem Kommandierenden General des Reichswehr-Gruppenkommandos 1 in Berlin. Dieser stand im Kontakt mit rechtsgerichteten Gruppierungen, die zum Staatsstreich entschlossen waren, unter anderem mit der „Nationalen Vereinigung“ des ostpreußischen Generallandschaftsdirektors Dr. Wolfgang Kapp. Lüttwitz verlangte von Noske die Rücknahme des Auflösungsbefehls und stellte darüber hinaus weitere politische und militärische Forderungen, vor allem eine Neuwahl des Reichstags und die Entlassung Walther Reinhardts als Chef der Heeresleitung. Die Auseinandersetzung zwischen Noske und Lüttwitz, in die auch Reichspräsident Ebert einbezogen war, führte schließlich am 10. März zur Enthebung des Generals von seinem



Widerstands als sehr gering ein. Im Raum Berlin waren kaum zuverlässige regierungstreue Truppen stationiert. Zum anderen befürchtete man, dass eine bewaffnete Opposition zu einer Spaltung der Reichswehr führen würde. Die gesamte bisher geleistete Aufbauarbeit wäre dadurch langfristig zunichtegemacht worden. Insbesondere Seeckt sah eine derartige Entwicklung voraus. Das Diktum *Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr*, das in die Geschichte einging, fiel in der Offiziersbesprechung so nicht, doch hat Seeckt in diesem Sinn argumentiert.

Da er keinen Rückhalt fand, musste Reichswehrminister Noske seinen Plan zum bewaffneten Widerstand fallen lassen. Reinhardt, der bei seiner Meinung blieb, war nun isoliert und entschloss sich konsequenterweise, von seinem Amt als Chef der Heeresleitung zurückzutreten. Auch nachdem der Putsch nach wenigen Tagen gescheitert war, trat der Württemberger sein Amt nicht wieder an, obwohl ihn Noske darum bat. Reinhardts Nachfolger wurde Hans von Seeckt, der die Reichswehr in den folgenden sechs Jahren zu einer Kaderarmee weiterentwickeln sollte.

Reinhardt blieb nach seinem Rücktritt als Chef der Heeresleitung in der Armee. Er wirkte kurzzeitig als Kommandeur der „Lehrbrigade Döberitz“, anschließend von Mai 1920 bis 1924 als Befehlshaber im Wehrkreis V und Kommandeur der 5. Division. In Personalunion übte er die – eher repräsentative – Funktion eines Landeskommandanten von Württemberg aus. Von 1925 bis zu seinem Abschied vom Heer 1927 war Reinhardt Befehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 2 in Kassel. In eine Position an der Spitze der Reichswehr gelangte er nicht mehr – bei der Suche nach einem Nachfolger für Seeckt wurde er 1926 übergangen. In seinen letzten Lebensjahren wirkte Reinhardt vor allem auf

Demonstration gegen den Staatsstreich in Berlin

militärpädagogischem Feld. Die von ihm initiierten sogenannten „Reinhardt-Kurse“ erweiterten die traditionelle Generalstabsausbildung für einige ausgewählte Offiziere um eine staatspolitische Fortbildung, die an zivilen Universitäten durchgeführt wurde.

Reinhardt, der im Alter von nur 58 Jahren am 8. August 1930 in Berlin starb, war eine in vieler Hinsicht einzigartige militärische Persönlichkeit in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Vielseitig interessiert und gebildet, gelangte er als Württemberger, der im kaiserlichen Heer keine Spitzenposition innegehabt hatte und über keine politische Erfahrung verfügte, in der Umbruchzeit im Winter 1918/19 in eine militärpolitische Schlüsselstellung. Bemerkenswert ist die Loyalität, die der „Vernunftrepublikaner“ Reinhardt der jungen Republik entgegenbrachte. Zur Verteidigung des neuen Staates war er bereit, während des Kapp-Lüttwitz-Putsches Reichswehrtruppen gegen die aufständischen Verbände Lüttwitz' einzusetzen. Letztlich verlor der Württemberger während des Staatsstreichs sein Amt, weil sein Plädoyer für den bewaffneten Kampf in der konkreten Situation des 13. März 1920 kaum umsetzbar war und ihn unter den Beratern Gustav Noskes isolierte. Auch wenn Reinhardt seit dem Frühjahr 1920 die deutsche Militärpolitik nicht mehr prägen konnte, hat er in seiner Zeit als preußischer Kriegsminister und Chef der Heeresleitung in einer schwierigen Zeit wichtige Grundlagen für den Aufbau der Reichswehr gelegt.

Wolfgang Mährle